

Antrag

der BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

Rückzahlung rechtswidrig erhobener Kanalanschlussbeiträge für alle - Staatshaftung bei verfassungswidrigem Handeln durchsetzen

Der Landtag möge beschließen:

1. Die Landesregierung wird aufgefordert, einen Runderlass an die kommunalen Aufgabenträger im Bereich der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung herauszugeben. Dieser soll beinhalten:
 - a. Handlungsempfehlungen samt Hinweisen zum rechtsfehlerfreien Umgang mit Schadensersatzforderungen, die durch Beitragsbelastete, die rechtswidrige Beitragsbescheide zur rückwirkenden Erhebung von Kanalanschlussbeiträgen erhalten haben, nach dem Gesetz über die Regelung der Staatshaftung in der Deutschen Demokratischen Republik geltend gemacht worden sind. Die Hinweise sollen unter den Gesichtspunkten des Gemeinwohls, des Rechtsfriedens, der Abgabengerechtigkeit und der Gebührenklarheit und Rechtssicherheit im Bereich der Aufgabenträger letztere dazu anhalten, die Begründetheit der Ansprüche festzustellen.
 - b. Vorgaben, dass zumindest bis 30.06.2017 über die Ansprüche zu entscheiden ist.
2. Die Landesregierung wird aufgefordert, die für die den Aufgabenträgern in Aussicht gestellten Landeshilfen erforderlichen Antragsunterlagen unverzüglich zu erarbeiten und letzteren zur Verfügung zu stellen.

Begründung:

1. Am 12.11.2015 gab das Bundesverfassungsgericht zwei Verfassungsbeschwerden (1 BvR 2961/14 und 1 BvR 3051/14) statt, die sich gegen die zeitlich unbegrenzte Heranziehung zu Anschlussbeiträgen im Land Brandenburg wendeten. Am 22.12.2015 wurde aus denselben Gründen weiteren 35 Verfassungsbeschwerden stattgegeben.

Am 11.02.2016 urteilte das Obergerverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg in den vom Bundesverfassungsgericht zurückverwiesenen Fällen (OVG 9 B 43.15).

Durch diese Entscheidungen steht unmissverständlich fest, dass die Anwendung des § 8 Abs. 7 S. 2 des Kommunalabgabengesetzes Brandenburg n. F. auf Fälle, die nach der alten Fassung des § 8 Abs. 7 S. 2 festsetzungsverjährt waren, eine unzulässige, echte Rückwirkung darstellt und somit mit dem aus Art. 20 Abs. 3 GG erwachsenden Rechtsstaatsprinzip nicht vereinbar ist.

Trotz der Klarheit der Rechtsprechung verweigern viele Zweckverbände bis heute die Rückzahlung der rechtswidrig erhobenen Beiträge. Dies erfolgt selbst bei Beitragsbelasteten, die keinen bestandskräftigen Beitragsbescheid haben. Hierzu werden mitunter untragbare Rechtfertigungen, wie etwa dass die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts in dem einen oder anderen Verband nicht gelte, ins Feld geführt.

Zugleich ist zu beachten, dass aus den von Prof. Dr. Christoph Brüning vorgelegten Rechtsgutachten hervorgeht, dass für Betroffene mit bestandskräftigen Bescheiden ein Schadensersatzanspruch nach dem Staatshaftungsgesetz der DDR, welches als Brandenburger Landesrecht fortgilt, möglich ist. Dies betrifft einen nicht unerheblichen Teil der Beitragsbelasteten, die seinerzeit keinen Widerspruch eingelegt haben, weil sie auf die Rechtmäßigkeit des Verwaltungshandelns vertrauten und durch nahezu alle politischen Verantwortungsträger des Landes mit Erklärungen über die Aussichtslosigkeit ihrer Rechtsbehelfe hiervon abgehalten worden sind. Nicht selten wurde durch die Aufgabenträger vor Ort mit der zwangsweisen Durchsetzung der Forderungen samt Mahn- und Säumniszuschlägen gedroht. Es ist unverkennbar, dass ein breiter Meinungskonsens durch Exekutive und Legislative bis hin zu den Aufgabenträgern bestand, dass man rechtmäßig handle (vgl. nur: Protokoll der Plenarsitzung vom 23.09.2015).

Unter diesen Umständen kann man die betroffenen Zehntausenden Bürger schlechterdings nicht darauf verweisen, dass sie eine Erstattung nicht zu erwarten hätten, weil sie das Prozess- und Kostenrisiko gescheut hätten. Angesichts der Schwere des Rechts- und Verfassungsverstößes kann es bei dieser sozialwidrigen Situation nicht verbleiben.

Dies zumal, weil in Brandenburg durch das Fortgelten des Staatshaftungsgesetzes der DDR auch eine Rechtsgrundlage besteht. Diese ermöglicht es Betroffenen, denen objektiv rechtswidriges hoheitliches Handeln widerfahren ist, Schadensersatzansprüche binnen eines Jahres nach Kenntniserlangung geltend zu machen. Hiervon haben viele Gebrauch gemacht.

Zahlreiche Aufgabenträger haben erklärt, dass sie mit der Bearbeitung von derartigen Schadensersatzansprüchen - die im Übrigen klagweise vor den ordentlichen und nicht den Verwaltungsgerichten durchgesetzt werden könnten/müssten - bisher nicht vertraut sind. Deswegen soll die Landesregierung durch Runderlass hierbei Unterstützung leisten, wobei diese zugunsten der Beitragsbetroffenen ausgestaltet sein soll. Es sei darauf hingewiesen, dass erst in der vergangenen Präsidiumssitzung des Städte- und Gemeindebundes mehrere Bürgermeister ihr Unverständnis über die fehlende Hilfe der Landesregierung bei der Bewältigung der Situation geäußert haben - und zwar wahrlich nicht bloß dem Einreicher politisch nahestehende.

Des Weiteren ist die Erstattung der auf bestandskräftige Bescheide entfallenden Zahlungen schon deswegen geboten, weil sonst - so auch Brüning - hochkomplizierte, rechtlich sehr angreifbare Gebühren- und Beitragskonstruktionen entstehen könnten, in denen abgestufte Gebührensätze festgelegt werden müssten, deren Berechnung aufgrund der Vielfalt der Fälle (teilweise Rückzahlung, teilweises Vollstreckungsverbot etc.) extrem fehleranfällig sein dürfte.

Auf jeden Fall aber sollen die Aufgabenträger angehalten werden, zeitnah zu entscheiden, um so den Betroffenen wenigstens eine baldige gerichtliche Geltendmachung ihrer Ansprüche zu ermöglichen.

2. Wie aus der Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage 2322 (Drucksache 6/5604) hervorgeht, haben 25 Zweckverbände bzw. Kommunen Schadensersatzforderungen beim Land geltend gemacht. Hiervon sind bisher gerade einmal 10 vollumfänglich beziffert. Dennoch beläuft sich die Summe bereits auf 252 Millionen Euro. Sobald alle vollständig beziffert sein werden, dürfte ein Gesamtbetrag von über einer halben Milliarde Euro zusammenkommen.

Diese Beträge machen die Aufgabenträger als Schadensersatz geltend, sodass eine kreditweise erfolgende Unterstützung durch das Land ohnehin nicht ausreichen wird. Im Interesse der beitragsbetroffenen Bürger, die mit einer Erstattung nur zu rechnen haben, wenn die Aufgabenträger über ausreichend liquide Mittel verfügen, ist es aber zunächst wünschenswert, wenn die entsprechenden Hilfen ausgereicht werden. Hierzu sind die entsprechenden Antragsunterlagen endlich bereit zu stellen.

Iris Schülzke
für die BVB / FREIE WÄHLER Gruppe